



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar

Donaueschingen, den 12. Dezember 2016

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2017

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der mittlerweile in allen Ausschüssen diskutierte Haushaltsentwurf 2017 weist mit einem Gesamtbetrag von deutlich über 300 Mio. € wiederum ein grosses Volumen auf. Hinter dieser hohen Zahl steht nicht nur eine Vielzahl von Pflichten und gesetzlichen Aufgaben, sondern auch eine breite Palette an Projekten, Möglichkeiten und Chancen. Insbesondere ist damit aber auch eine grosse Verantwortung gegenüber den Menschen im Landkreis verbunden. In den vergangenen anderthalb Jahren gewann dieser Aspekt durch die Aufnahme vieler Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber nochmals eine vollständig neue Dimension. Umfang und Inhalt dieser Aufgabe stellten den Landkreis, alle damit befassten Institutionen und nicht zuletzt auch die Bevölkerung vor grosse Herausforderungen. Bisher ist es gelungen, diese beachtliche Herausforderung der Erstaufnahme relativ gut zu meistern. Noch entscheidender wird es jedoch sein, eine gute Integration dauerhaft zu gewährleisten. Dies ist jedoch keine Selbstverständlichkeit und die nationalistischen Tendenzen in vielen EU - Mitgliedsstaaten zeigen, dass dieser Prozess angesichts kultureller, religiöser und weltanschaulicher Unterschiede zwischen Zuwanderern und Einheimischen hochgradig sensibel ist.

Deshalb wird es umso mehr darauf ankommen, dass der Landkreis bestmögliche Voraussetzungen dafür schafft, die Integration von Flüchtlingen mit Bleiberecht voranzubringen. Vor diesem Hintergrund ist es für uns unverständlich, warum die Arbeit von qualifizierten Einrichtungen in diesem Bereich nicht besser unterstützt wird. Es kann nicht angehen, dass es beim Thema Integration und deren Umsetzung bei Lippenbekenntnissen bleibt. Die Arbeit von Refugio ist angesichts der bekannten Problemlage unterfinanziert und muss erhöht werden. Denn auch ein erhöhter Jahreszuschuss von insgesamt 35.000 € für Refugio kann in einer derart aussergewöhnlichen Situation nur das Nötigste abdecken. Wir stellen deshalb hier im Kreistag den Antrag, die Unterstützung aufzustocken. Mit dem

Einsatz erhöhter Finanzmittel ist zwar keine Erfolgsgarantie verbunden. Neben vielen anderen Faktoren ist eine verbesserte Finanzierung von Beratungsstellen aber eine wichtige Voraussetzung für einen möglichen Erfolg. Eine zögerliche Haltung in diesem Bereich ist auch deshalb unverständlich, weil die finanzielle Situation derzeit ausgesprochen gut ist. Denn egal ob Zuschüsse, FAG – Zuweisungen oder Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer: Die Finanzkraft des Landkreises lässt ohne Probleme mehr Einsatz in diesem Bereich zu.

Die gute Finanzkraft hat ihre primäre Ursache darin, dass die Wirtschaft in Deutschland wie auch im Schwarzwald – Baar - Kreis immer noch deutliche Wachstumsraten aufweist. Der private Konsum, die Leistungen der Bauwirtschaft und der gesamte Dienstleistungssektor sind dabei die Hauptfaktoren. Die Arbeitslosenquote ist regional mit 3,5% auf einem tiefen Stand und die Gemeinschaftssteuern sind gegenüber der Vorjahresperiode nochmals angestiegen. Gleichzeitig konnten wichtige Verhandlungsergebnisse im Bereich der Finanzausgleich erreicht werden. Die Verbundquote und damit die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich wurde beispielsweise auf einen Anteil von 23% für den Zeitraum bis zum Jahr 2021 fixiert, wobei gleichzeitig der sogenannte Vorwegabzug auf einen erträglichen Umfang beschränkt werden konnte. Auch die Gemeinden profitieren von der derzeitigen Situation. Deren Steuerkraftsumme ist im Schwarzwald – Baar – Kreis im aktuellen Bezugsjahr um mehr als 5% auf 272 Mio. € angestiegen. Nicht zuletzt partizipieren die Gemeinden auch an deutlich erhöhten Zuweisungen aus Umsatzsteueranteilen, die ursprünglich zur Finanzierung der Eingliederungshilfe vorgesehen waren.

Vor diesem Hintergrund einer guten Einnahmensituation kann der Schwarzwald – Baar – Kreis viele Kostensteigerungen bei den Pflichtaufgaben im sozialen Bereich auffangen. Im Bereich von Hartz IV kommt es beispielsweise wegen neuer Auflagen ebenso zu Kostensteigerungen wie im Bereich der Jugendhilfe infolge gestiegener Fallzahlen. Die Altersgrenze beim Unterhaltsvorschuss wird ab dem kommenden Jahr von 12 auf 18 Jahre angehoben und gleichzeitig wird die Bezugsdauergrenze aufgehoben. Auch dies wird voraussichtlich zu Mehrkosten beim Landkreis führen. Als weiteres Beispiel möchte ich die Veränderungen beim sogenannten „Pflegestärkungsgesetz“ nennen. Auch hier kommt es infolge höherer Standards, die von der Sache her durchaus überfällig und sinnvoll sind, zu Mehrkosten für den Landkreis. Insgesamt wird der Landkreis im kommenden Haushaltsjahr 5 Mio. € mehr und damit insgesamt 92,3 Mio. € im Bereich der sozialen Sicherung ausgeben.

Aber auch im technischen Bereich bzw. im Bereich der Gebäudeunterhaltung fallen teilweise hohe Kosten an, die bei der derzeitigen Einnahmesituation jedoch gut abgedeckt

werden können. Insbesondere die nachträgliche Ertüchtigung von Kreiseinrichtungen hinsichtlich „Brandschutz“ hat mittlerweile ein ganz beachtliches Ausgabenvolumen angenommen. Unter Sicherheitsaspekten ist dies zwar sinnvoll und notwendig. Wenn man sich aber vor Augen hält, was mit diesem Geld z.B. bei den Kreisschulen im Bereich Lehrmittel, Ausstattung oder Projektfinanzierung sonst alles realisiert werden könnte, bleibt ein etwas bitterer Nachgeschmack. Unsere Fraktion konnte sich deshalb leicht dazu entschliessen, dem Antrag auf Sondermittel bei der EDV – Ausstattung von Schulen zuzustimmen.

Lassen Sie mich aber an dieser Stelle einige kritische und durchaus persönliche Anmerkungen zu den aktuellen Herausforderungen im Bildungsbereich machen. Neue Kombinationen von Industrieproduktion, Dienstleistungen und Informationstechnologien schreiten in riesigen Schritten voran. Dies muss sich selbstverständlich auch in Bildungsplänen und bei der Ausstattung der Schulen abbilden. Die technische Ausstattung spielt dabei gerade an den Berufsschulen eine ganz zentrale Rolle. Aber – liebe Kolleginnen und Kollegen – taugt dazu wirklich der Begriff LERNFABRIK 4.0? Ich meine nein! Das ist kalte, technokratische Maschinensprache. Es geht mir an diesem Punkt nicht um „Schönsprech“ oder um „political correctness“. Es geht darum, dass Bildung etwas mehr ist als „Ausbildung 4.0“ und starke Bildungskonzepte mehr sind als fortschrittliche industrielle Produktionsstrukturen an Berufsschulen zu implementieren. Ich würde es deshalb sehr begrüßen, wenn die neuen Technologien an den Kreisschulen umfassend bearbeitet und auch unter sozialen und gesellschaftlichen Aspekten im Unterricht eingeführt würden. Nicht zuletzt kommt mir beim Begriff LERNFABRIK auch der kreative und spielerische Aspekt etwas zu kurz. Wie wäre es auf Basis der neuen Technologien beispielsweise mit einem Wettbewerb unter den Gewerbeschulen unserer Region? Wer baut das beste „autonom fahrende“ und elektrisch angetriebene Fahrzeug, beispielsweise in Form eines konzeptionell „total abgefahrenen“ Elektro - Rollstuhls mit PM - Motor für extra grosse Reichweite? Da haben wir dann Sensortechnik, Antriebstechnik und die soziale Dimension. Die grosse „Challenge“ findet dann an einer unserer Kreisschulen im Sommer 2018 statt. Et voilà!

Doch zurück zum Investitionshaushalt des Landkreises. Nachdem bereits im laufenden Jahr 2016 insgesamt 6 Mio. € für den Breitbandausbau bereitgestellt wurden, sollen im kommenden Jahr weitere 5 Mio. € für den Bau des „Kreisbackbone“ bereitgestellt werden. Parallel dazu erfolgt sehr zügig der Ausbau der Ortsnetze durch die einzelnen Gemeinden. Wir möchten an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, dass die Arbeiten qualitativ hochwertig ausgeführt werden müssen und dass auch auf eine möglichst gut abgesicherte Refinanzierung der Massnahmen geachtet wird.

Die Verschiebung der beiden Kreisstrassenbauprojekte im Bereich der K 5728 (Geutsche) und an der K 5730 (Katzensteig) halten wir für vertretbar. Gut ist, dass im Bereich der

Geschwindigkeitsüberwachung zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden. Die intensive Diskussion um die Standorte der neueren Anlagen hat gezeigt, dass hierbei weiterer Bedarf vorhanden ist. Projekte wie der Sicherheitsausbau der „Stumpenkreuzung“ spielen in diese Diskussion ebenfalls hinein. Wir halten an dieser Stelle die Suche nach einer baulich einfachen und kostengünstigeren Lösung für die richtige Entscheidung, sofern andere flankierende Sicherungsmassnahmen an diesem Unfallschwerpunkt getroffen werden. Was das Thema Kosten betrifft, ist die Sanierung der Schellenbergbrücke in Donaueschingen nicht nur im Haushaltsplan eine sehr teure Massnahme. Da u.a. auch bahnspezifische (Sicherheits-) Vorgaben in das Projekt eingreifen, sind hier in Form von Nachträgen und Zusatzkosten auch weitere Finanzrisiken vorstellbar.

Gleiches gilt selbstverständlich für die Elektrifizierung der östlichen Höllentalbahn. Auch bei diesem Bahnprojekt leisten wir bereits jetzt erhebliche Zuschüsse zu Planung und Bauvorbereitung. Der eigentliche Baubeginn ist dann im Jahr 2018 vorgesehen. Auch hier muss striktes Zeit-, Projekt- und Kostenmanagement gelten! Immerhin hat es beim Ausbau der Gäubahn jetzt einen richtigen Ruck gegeben. Das Projekt ist endlich in den vorrangigen Bedarf aufgenommen worden. Nicht nur unsere Fraktion dürfte sehr erfreut über diese schon längst fällige Entscheidung sein. Das Thema „Weiterentwicklung des Ringzugs“ sollte in unserem Kreistag mindestens unter 3 Aspekten diskutiert werden: (1.) Elektrifizierung der Strecke Villingen – Rottweil. (2.) Konzept zur Fortentwicklung und Erneuerung des bisherigen Rollmaterials. (3.) Mögliche Ausbauvarianten Richtung St. Georgen inkl. Einrichtung neuer Haltepunkte an dieser Strecke. Insbesondere bei Punkt (3.) ist bei den Haltepunkten, bei der Sicherungstechnik und bei der „Wendemöglichkeit“ in St. Georgen unter Kostengesichtspunkten besondere Vorsicht geboten. Unabhängig von diesem Vorbehalt stehen wir einer Erweiterung grundsätzlich positiv gegenüber.

Ein ganz entscheidender Punkt beim Öffentlichen Personennahverkehr wird die Umsetzung des neuen Nahverkehrsplans sein. In diesem Planwerk sind eine Vielzahl von Leistungen und Standards definiert, deren Umsetzung z.B. hinsichtlich der verlässlichen Taktung ein grosser Fortschritt für die Fahrgäste bedeutet. Andererseits müssen zu diesem Konzept von Seiten der Verkehrsunternehmen auch die entsprechenden Fahrzeuge und Fahrleistungen zu annehmbaren Konditionen angeboten werden. Dies wird unter Wirtschaftlichkeits- und Kostengesichtspunkten vermutlich für alle Beteiligten (d.h. für Auftragnehmer und Auftraggeber) ein echter Kraftakt.

Was andere Verkehrsträger betrifft, möchte ich es kurz machen. Den weiteren Ausbau des Radwegenetzes und vor allem die gute Beschilderung der Radwege begrüssen wir sehr. Hier ist noch viel Potential vorhanden, um mehr Zufriedenheit und Sicherheit bei den regelmässigen Nutzern und darüber hinaus auch eine bessere Orientierung für Ortsunkundige zu erreichen. Allerdings sollte sich der Ausbau an den Interessen der Radfahrer

orientieren und nicht von anderen Kriterien dominiert werden. Beim Flugverkehr rechnen wir nach den jüngsten Informationen aus der Schweiz nicht nur mit dem Versuch einer weiteren Verkehrsverlagerung auf den deutschen Luftraum, sondern – was mittlerweile ganz offen kommuniziert wird – auch mit einer deutlichen Kapazitätsausweitung am Züricher Flughafen. Beide Effekte zusammen genommen würden in Summe eine deutliche Zunahme der Flugbewegungen über unserem Landkreis bedeuten. Was die Landkreisbeteiligung am „eigenen Flugplatz“ in Donaueschingen anbetrifft, dürfte es interessant sein, ob der sogenannte Liquiditätszuschuss auch dauerhaft für die Aufrechterhaltung der Liquidität zur Verfügung stehen wird. Darüber hinaus wäre es aus unserer Sicht dringend erforderlich, dass eine realitätsnahe Sanierungsplanung für den Zeitraum der kommenden 10 – 15 Jahre erstellt wird, aus der alle notwendigen Massnahmen und die damit verbundenen Kosten ersichtlich sind.

Eine übergreifende strategische Planung aller Verkehrssysteme sollte sich insbesondere auf deren optimale räumliche und zeitliche Vernetzung, deren leichte Zugänglichkeit und wegen neuer Antriebssysteme auch auf deren Nutzbarkeit konzentrieren (Stichworte sind: neue Ladestationen, Einrichtung von Mobilitätszentralen etc.). Entsprechende Konzepte und Projekte sind bekanntlich in Bearbeitung und wir sollten diesen Bereich kraftvoll (und wo notwendig auch haushaltswirksam!) vorantreiben.

Bei den freiwilligen Leistungen sind wir allen Kreistagsmitgliedern sehr dankbar, die den Zuschuss für das Umweltzentrum unterstützt haben. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Einrichtung wesentliche Bildungs-, Informations- und Koordinationsaufgaben im Bereich der kreisweiten Naturschutzaktivitäten erfüllen kann.

Umso mehr sind wir von der Berufsstandvertretung der Landwirte enttäuscht, die beim „Naturschutzgroßprojekt“ ständig mauert und eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz ganz offensichtlich verhindern will. Aus unserer Sicht ist diese Haltung nicht mehr nachvollziehbar. Das Vorhaben ist für Naturschutz und Artenvielfalt von hoher Wichtigkeit und wir bitten die Verwaltung darum, auf jeden Fall an dem Projekt festzuhalten.

Einen ebenfalls sehr hohen Stellenwert hat der Kreiszuschuss für den Neubau des Tierheims in Donaueschingen. Dieses Projekt wird auch die Renaturierung der ehemaligen Auen an Brigach und Breg voranbringen. Insbesondere wird es jedoch die prekäre Situation im Donaueschinger Tierheim beenden. Allerdings möchten wir an dieser Stelle nochmals an alle Beteiligten appellieren, die Kosten des Tierheimneubaus auf 2 Mio. € zu begrenzen. Eine Realisierung des Projekts erscheint dann durchaus möglich.

Sofern der Kreishaushalt 2017 in der derzeit absehbaren Form beschlossen wird, kann die Kreisumlage auf dem bisherigen Hebesatzwert belassen werden. Gegenüber dem eingebrachten Entwurf des Haushaltsplans vom 7. November 2016 ergibt sich insgesamt eine Verbesserung von mehr als 3,8 Mio. €. Bei einer Beibehaltung des bisherigen Hebesatzes in Höhe von 31,1% wird deshalb noch ein freier Überschuss von deutlich mehr als 0,5 Mio. € verbleiben. Unsere Fraktion spricht sich dafür aus, diese freien Mittel in die Rücklage einzustellen oder den Betrag – sofern möglich - für eine weitere Schuldenreduktion zu verwenden.

Aus finanzieller Sicht ist damit alles in bester Ordnung. Wesentliche Aufgaben können realisiert, die Infrastruktur im Landkreis kann verbessert und die Verschuldung kann dennoch weiter reduziert werden. Wir sind auch zuversichtlich, dass ein Dauerbrenner wie die Inbetriebnahme der neuen integrierten Leitstelle bald erfolgreich abgeschlossen werden kann. Andere Projekte wie z.B. die Einführung der Wertstofftonne stehen vermutlich unter einem weniger glücklichen Stern, obwohl das Thema ebenfalls schon viele Haushaltsreden überdauert hat. Wir können uns aber vielleicht damit trösten, dass wir im Wertungsbereich auch ohne eingeführte Wertstofftonne nicht ganz am Beginn der Kreislaufwirtschaft stehen.

Ich möchte abschliessend Ihr Augenmerk nochmals auf einen zentralen Punkt der aktuellen Entwicklung lenken. In allen Bereichen wird die Infrastruktur verbessert und mit hohem Kapitaleinsatz moderne Technik eingeführt. Angefangen vom flächendeckenden Breitbandausbau über die bereits angesprochene Digitalisierung der Schulen, der Verwaltungen, des Rettungswesens bis hin zur stationären Krankenhausversorgung mit CYBERKNIVE und digitaler Patientenakte. Gerade die Situation im Krankenhausbereich zeigt jedoch vielleicht im Zeitraffer und besonders scharf fokussiert, dass mit Kapitaleinsatz und Einführung modernster Technik häufig eine Arbeitsverdichtung und eine Standardisierung von Prozessen verbunden ist, die bis an die Belastungsgrenze der Beschäftigten gehen kann. Diese Entwicklung sollte nicht unterschätzt werden. Aus unserer Sicht kann es nicht sein, dass die gesamte Arbeits- und Lebenswelt ausschliesslich von einem forcierten Technikeinsatz mit vereinheitlichten Prozessen diktiert wird. Wir können natürlich einer derartigen Entwicklung bereitwillig folgen oder gar vorausseilen. Wir können aber auch die Menschen zumindest gleichberechtigt mit der Technik in den Mittelpunkt stellen und entsprechend fördern. Nicht nur verbal und in Reden, sondern auch ganz praktisch. Zumindest in den Lebensbereichen, bei denen der Landkreis Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung hat, könnte das Motto von Ihnen, Herr Landrat, deshalb auch leicht gekürzt lauten:

ZUKUNFTSFÄHIGE STRUKTUREN FÖRDERN

(Hinweis: Die INFRASTRUKTUR haben wir schon immer und auch intensiv gefördert©)

Meine sehr geehrten Damen und Herren:

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen wird dem Haushalt 2017 zustimmen.

Wie immer gilt unser herzlicher Dank dem Landrat, allen Mitarbeitern der Verwaltung und auch allen anderen Mitarbeitern der Kreiseinrichtungen. Danken möchte ich im Namen unserer Fraktion auch allen Mitgliedern des Kreistags für die gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Christian Kaiser

für die Kreistagsfraktion SBK von B90/Die Grünen

Doku-Info:

7 Seite(n), 2276 Wörter, 15064 Zeichen